



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
26. Sitzung des Werkausschusses EBL

Sitzungstermin:	Donnerstag, 06.05.2021	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	17:33 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Dr. Burkhard Eymmer - CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Aneta Wolter - CDU		
Dr. Carsten Grohmann - CDU		
Frank Heidemann - Die Unabhängigen		Vertretung für: Herrn Wolfgang Nes-kovic c/o Fraktionsgeschäftsstelle Die Unabhängigen
Clara Hübner - DIE LINKE		Vertretung für: Frau Katjana Zunft Fraktionsvorsitzende
Dr. Marek Lengen - SPD		
Frank Zahn - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Rainer Bischoff - SPD		
Dr. Michaela Blunk - FDP		
Inge Hennig - SPD		
Dr. Volker Koß - FREIE WÄHLER & GAL		Vertretung für: Herrn Rüdiger Hinrichs
Andy Kuba - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Klaus Hinrich Rohlf - CDU		
Detlef Thannhäuser - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Herrn Tim Alexander Reclam
Beiratsmitglieder		
Helmut Franzke - Seniorenbeirat		
Verwaltung		
Jürgen Adler -		
Thomas Bemlotte -		
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung		
Manfred Rehberg - 3.700 - EBL		Spartenleiter Stadtreinigung

Stefan Schmedemann - 3.700- EBL	
Cornelia Tews -	
Enno Thyen -	Spartenleiter Stadtentwässerung
Dr. Jan-Dirk, Verwey - 3.700 EBL	Direktion EBL
Susanne Bak - Entsorgungsbetriebe Lübeck	
Protokollführung	
Kerstin Köneke - Entsorgungsbetriebe Lübeck	
Gäste	
Matthies -	Mitarbeiter der Fraktion Die Unabhängigen
Silke Hagemeyer - FREIE WÄHLER & GAL	
Sonja Lengen - SPD	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
2. Stellvertr. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	fehlt
Wolfgang Neskovic - Die Unabhängigen c/o Fraktionsgeschäftsstelle Die Unabhängigen	fehlt
Katjana Zunft - DIE LINKE Fraktionsvorsitzende	fehlt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Rüdiger Hinrichs - FREIE WÄHLER & GAL	fehlt
Tim Alexander Reclam - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	fehlt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung	
2.1	Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte Pkt.11 - 15 können nach der Maßgabe einer entsprechenden Beschlussfassung durch die Mitglieder des Werkausschusses nichtöffentlich beraten werden.	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2021	
4	Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
4.1.1	Stand der Anhörung nach § 29 Abs. 1 KrWG	
4.2	Mitteilungen der Werkleitung	
4.2.1	Ergebnis Überwachungsaudit	
4.2.2	Diverses	
5	Beschlussvorlagen	
6	Berichte	
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN 2. AT zu VO/2021/09658-01 - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Deponie plus-Maßnahmen für Niemark	2021/09658-01-01
7.2	FREIE WÄHLER & GAL: Antrag zu VO/2021/09759-01: Nullwertmessungen	2021/09759-01-01
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
9	Verschiedenes	
9.1	Antwort auf die Frage von Dr. Eymer	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

zu 2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

zu 2.1 Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte Pkt.11 - 15 können nach der Maßgabe einer entsprechenden Beschlussfassung durch die Mitglieder des Werkausschusses nichtöffentlich beraten werden.

Herr Zahn kündigt eine Anfrage an, die der Vorsitzende zur Beantwortung unter dem TO Verschiedenes einordnet. Dazu gibt es keinen Widerspruch der Sitzungsteilnehmer.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung und die Zuordnung der als vertraulich zu behandelnden Tagesordnungspunkte 11 – 15 zum nichtöffentlichen Teil.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2021

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 4.1.1 Stand der Anhörung nach § 29 Abs. 1 KrWG

Herr Hinsen berichtet zum Thema Bauschutt aus Atomkraftwerken und dessen möglicher teilweisen Verbringung auf der Deponie Niemark. Große Neuigkeiten gebe es nicht außer der öffentlichen Informationsveranstaltung des Umweltministers Albrecht am letzten Dienstag, in der er die Position des Ministeriums noch einmal darlegte.

Neu sei dabei gewesen, dass die bislang angekündigte Menge nunmehr reduziert wurde. Lt. Anhörungsbogen belief sich die auf insgesamt ca. 12.000 t. Jetzt liegt diese insgesamt bei 2.000 t (bis 2022!), von denen dann nur 1.400 t auf Niemark entfallen würden. Herr Hinsen hat bereits früher öffentlich geäußert, dass diese Art von Zahlenspielen keine vertrauensbil-

dende Maßnahme wäre. Der endgültige Zuweisungsbescheid ist bisher noch nicht in Lübeck eingegangen.

Die Begründung, warum die Deponie Niemark besonders für die Verbringung des Bau-schutts in Augenschein genommen wurde, sei dass andere Deponien nicht genug Lagerreserven hätten. Eine Deponiemenge von 2.000 t könne jede Schleswig-Holsteiner Deponie aufnehmen. Das sei beim möglichen Einlegen eines Rechtsmittels mit zu überlegen.

Herr Dr. Lengen führt aus, dass Minister Albrecht natürlich ein Zahlenspiel führe; entscheidend sei halt die Menge pro Jahr. Erst daraus lasse sich die genaue Summe ableiten. In diesem Fall sei es jetzt für ein Jahr berechnet. Gemäß Herrn Lengens Rechnung käme es dann zu rd. 200 – 300 LKW-Lieferungen über ca. 200 Werktage.

Herr Hinsen weist darauf hin, dass er nicht sagen kann, wie weit die Anlieferung vom Minister Albrecht geplant sei. Die Tonnagen seien nicht genauer benannt, ebenso wenig die Tranchenlieferungen, sondern nur der Zeitraum. Das wird auch von Herrn Dr. Verwey bestätigt. Er weist darauf hin, dass die insgesamt angekündigte Menge damit nicht verschwinde, sondern nur auf später verschoben worden sei. Es müsse wirklich erst einmal der schriftliche Bescheid abgewartet werden.

Herr Zahn spricht an, dass bei der Fachzertifizierung der Deponien Harrislee ausgelassen worden sei und für Vertragspartner in Großenaspe Entsorgungsnotstand gemeldet worden sei. Herr Hinsen berichtet, dass laut des TÜV-Gutachtens, ein solcher Notstand nicht erwähnt sei. Großenaspe müsse in der Lage sein für eine Aufnahme. Generell wäre keine Deponie gehindert, ihre Kapazitäten zu erweitern. Auch in Schleswig-Holstein müsse man sich dem Umstand stellen, dass alle Deponien endlich seien – auch in Niemark. Es wäre schön, würde das Land auch das einmal diskutieren.

Herr Rehberg führt an, dass das Thema Entsorgungsfachbetriebszertifizierung ein anderes Thema sei. Hier ginge es um die Qualifizierung nach TÜV-Strahlenschutzverordnung. Alle 7 Deponien wären geeignet. Im nächsten Schritt im weiteren Gutachten geht es zum Beispiel um weitere Fragen zum Sickerwasser. Dafür habe Kiel Harrislee erst einmal ausgespart (geringes Restmüllvolumen). Nach der jetzigen Mengenreduzierung seien aber alle Deponien wieder im Topf. Warum Harrislee ausgenommen wurde, bleibe unklar.

zu 4.2 Mitteilungen der Werkleitung

zu 4.2.1 Ergebnis Überwachungsaudit

Herr Dr. Verwey berichtet, dass die EBL dieses Audit erfolgreich absolviert haben und lässt vom Systembeauftragten Herrn Bemlotte dazu berichten. Dieser führt anhand einer Präsentation (s. Anlage) das Vorgehen und Inhalt der Zertifizierung nach dem integrierten Managementsystem und der Entsorgungsfachbetriebsverordnung aus. Diese wurde jetzt zu Coronazeiten bestanden in einem komplizierten – weil digitalem – Verfahren. Er erläutert den Ablauf des erfolgreich abgeschlossenen Überwachungszyklusses sowie die Gründe warum eine solche Zertifizierung für den Betrieb notwendig sei.

zu 4.2.2 Diverses

Rahmenvorgabe Gelber Sack/Gelbe Tonne für Duales System

Herr Dr. Verwey berichtet zum Stand des Verfahrens. Zurzeit gebe es keine gütliche Vereinbarung mit dem Dualen System. Deshalb wählen die EBL nun den offiziell rechtlich möglichen Weg der Rahmenvorgabe. Das stehe Lübeck als Kommune zu. Diese Rahmenvorgabe liege den dualen Systemen mittlerweile vor.

Als System wurde die gelbe Tonne – mit Ausnahmen unter Berücksichtigung der engen Innenstadtverhältnisse (dort gelber Sack) – vorgegeben.
Die Reaktion des Dualen Systems bleibe abzuwarten.
Ziel: Beginn mit dem neuen Zeitraum 2022.

Herr Zahn führt aus, dass das bereits vor 2 Jahren so besprochen worden sei. Diesbezüglich gebe es volle Unterstützung seitens der Politik.

Herr Dr. Verwey ergänzt, dass das Wunschsystem gewesen wäre, dass jeder Bürger selbst das Format wählen darf. Aber das konnte sich nicht durchsetzen.

Herr Dr. Lengen fragt nach, ob es bei dem geplanten Abholzyklus von alle zwei Wochen bleibe. Herr Dr. Verwey bejaht dieses mit Ausnahmen für die Altstadtinsel (wöchentliche Abholung).

Herr Heidemann fragt, zum Service nach, ob der Bürger da mitarbeiten müsse. Das bejaht Herr Dr. Verwey; generell sei ein Teilservice vorgesehen.

Obstpflanzaktion

Herr Dr. Verwey berichtet zur gelungenen Obstpflanzaktion an der Deponie (mit Teilnahme von Herrn Bürgermeister Lindenau). Die dort angelegte Streuobstwiese konnte dank der Unterstützung durch die Gerd-Godt-Grell-Stiftung erweitert werden. Damit konnte wieder etwas Gutes für Umwelt und Klima getan werden.

Nutzung Abfallsysteme

Der Dachverband VKU hat sich mit dem Thema Fehlwürfe auseinandergesetzt und wie die Abfallsammelsysteme genutzt werden (was machen die Kommunen). Dazu gibt es die Broschüre „Was tun gegen Fehlwürfe“. Die EBL sind dabei vertreten mit der Kampagne Bioabfall (von EBL bundesweit initiiert). Herr Dr. Verwey bietet interessierten Sitzungsteilnehmern Ansichtsexemplare an.

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

Keine.

zu 6	Berichte
-------------	-----------------

Keine.

zu 7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

Der Vorsitzende führt aus, dass die TO-Pkt. 7.1. und 7.2 bereits in der letzten Sitzung ähnlich beraten worden seien. Die Punkte stehen wieder auf der heutigen TO, allerdings mit inhaltlich etwas geänderten Anträgen.

zu 7.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN 2. AT zu VO/2021/09658-01 - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Deponie plus-Maßnahmen für Niemark Vorlage: 2021/09658-01-01
--

Herr Dr. Lengen führt aus, dass die SPD den Pkt. 7.1 ablehnen. Der WA werde als das entscheidende Gremium angesehen, in dem transparent über etwaige Probleme und evtl. nicht eingehaltene Vorgaben berichtet werde. Ein weiteres Gremium werde für überflüssig gehalten. Im Prinzip lehne die SPD die Maßnahme Deponie-plus grundsätzlich ab und stellt diese in Frage.

Frau Wolter ergänzt, dass die CDU es genauso sehe. Sie schlägt vor, dass Informationen zum Thema generell in die WA-TO (unter dem Pkt. Diverses) installiert werden sollte, damit interessierte Bürger eine Anlaufstelle haben, um Informationen zu bekommen.

Herr Hinsen hält es für sinnvoll, das Thema unter den Mitteilungen für die Werkleitung/Fachbereichsleitung aufzunehmen, wenn es etwas Berichtenswertes gebe.

Herr Heidemann moniert, dass es im WA für die Bürger kein Rederecht gebe. Ein eigener Beirat wäre da der einfachere Weg für diese, deren Sorgen zu besprechen. Frau Dr. Blunk bestätigt das.

Herr Dr. Eymer betont, dass es die WA-Aufgabe sei, den Bürger zu vertreten.

Herr Franzke führt aus, dass es noch nie in den WA-Sitzungen geschehen sei, dass einem Bürger kein Rederecht eingeräumt wurde. Deshalb sehe er hier auch kein Problem für interessierte Bürger, sich zu informieren.

Herr Rohlf sieht es auch so, dass der WA die Bürgerinteressen vertrete; dass würde genügen.

Im Anschluss an die Diskussion lässt der Vorsitzende über die TO-Pkt. 7.1 und 7.2. abstimmen.

Der Antrag zu 7.1. wird einstimmig abgelehnt.

Empfehlung: Der Werkausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, den Antrag abzulehnen.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Kieler Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND) eine lokale Begleitgruppe im Rahmen des Deponie plus-Konzeptes ins Leben zu rufen, die zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen für die Einlagerung von freigemessenem AKW-Bauschutt auf der Deponie Niemark vorschlägt, deren Finanzierung durch den AKW-Betreiber sicherstellt und für Transparenz im Entscheidungs- und Einlagerungsprozess sorgt.

Die Begleitgruppe tagt öffentlich und sollte Vertreter*innen von Naturschutzbeirat, interessierte Anlieger*innen, Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL), Verwaltung und die abfallpolitischen Sprecher*innen der Bürgerschaftsfraktionen sowie ggf. weiteren Beteiligte beinhalten.

2. Im Vorgriff auf die Ergebnisse der unter 1.) genannten Begleitgruppe stellt der Bürgermeister sicher, dass ausnahmslos alle Anlieferungen von freigemessenem Bauschutt auf der Deponie bei der Ankunft auf die Einhaltung der zulässigen Grenzwerte hin kontrolliert werden und Anlieferungen abgewiesen werden, sollten sie die Grenzwerte nicht einhalten. Dabei ist auf entsprechende Erfahrungswerte von Deponien

aus Baden-Württemberg zurückzugreifen, wo solche Kontrollen bereits durchgeführt werden. Die Kosten der Kontrollmessungen sind den Kraftwerksbetreibern in Rechnung zu stellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	x
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	9
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7.2	FREIE WÄHLER & GAL: Antrag zu VO/2021/09759-01: Nullwertmessungen Vorlage: 2021/09759-01-01
---------------	--

Der Antrag zu 7.2 wird ohne weitere Aussprache mehrheitlich angenommen.

Empfehlung: Der Werkausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, den Antrag anzunehmen.

Beschluss:

Die EBL wird beauftragt, zwei geeignete Messgeräte zur Messung von radioaktiver Strahlung auf dem Gelände der Deponie Niemark und mindestens ein weiteres Gerät im nächstgelegenen Wohnhaus, dessen Besitzer zustimmt, zu installieren.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 8	Anträge von Ausschussmitgliedern
-------------	---

Keine.

zu 9	Verschiedenes
-------------	----------------------

Es liegt nichts vor.

zu 9.1 Antwort auf die Frage von Dr. Eymer

Herr Dr. Verwey übergibt die schriftliche Beantwortung der Frage zu einem Sperrmüllablageplatz an Herrn Dr. Eymer; sie wird auch dem Protokoll beigelegt.

Herr Zahn spricht den symbolischen Spatenstich in der Posener Straße an. Herr Hinsen teilt mit, dass dort ein sehr großer, moderner und bürgerfreundlicher Wertstoffhof entstehen soll. Zum eigentlichen feierlichen Akt (Richtfest) werde die Politik dann eingeladen.

Herr Dr. Verwey ergänzt, dass die EBL lange warten mussten, um loslegen zu können (Hinweis: Bahnentwidmungsverfahren). Zuletzt wurde im WA die Bauleistungsvergabe behandelt. Es solle nicht nur ein Wertstoffhof entstehen; auch die vorhandene Halle soll genutzt werden (z.B. für den bereits etablierten Flohmarkt der EBL).

Herr Zahn fragt nach zur autarken Klärgasanlage der EBL und fragt, wie diese im Vergleich zu Kiel dastehen. Herr Dr. Verwey teilt mit, dass die EBL gut dastehen. Wir fangen das Faulgas auf und verwerten es. Dazu haben wir die BHKWs und verstromen das Gas. Damit seien wir gut aufgestellt und über die Jahre wurde auch ständig optimiert.

Zurzeit erzeugen die EBL bilanziell mehr Strom als wir verbrauchen, abgesehen von den Tagen, wo nicht genug Gas produziert wird. In der Jahressumme aber gebe es einen Überschuss.

Herr Zahn spricht das neue Gesetz zum Verbrennen von Gartenabfällen an. Diese würden von den EBL immer eingesammelt. Frage: Was würden die EBL favorisieren? Planen die EBL eine Kampagne diesbezüglich. Herr Dr. Verwey erläutert, dass die EBL die Verordnung noch nicht ausgewertet haben. Sie würden sich aber damit beschäftigen, was das für Lübeck bedeutet.

Herr Dr. Koß führt eine Frage zu TO 13.2 an: Die Radwege im St.-Jürgen-Ring seien schon immer zu schmal gewesen und sollen in die Fahrbahn hinein verlegt werden. Werde das mit dem Projekt durchgeführt?

Herr Dr. Verwey erläutert, dass sich bei der Baumaßnahme nur um verbliebene Anschlüsse gekümmert werde (Grundstücke dort müssten endlich angeschlossen werden). Das Vorhaben sei grundsätzlich mit der Stadt abgestimmt. Es sei lange bekannt, dass die EBL dort reingehen. Jeder Bereich entscheide dann für sich, ob er das Vorhaben auch für seine Maßnahme nutzt. Die EBL bearbeiten nur einzelne Bereiche im St.-Jürgen-Ring.

Herr Zahn fragt nach zur Baumaßnahme Geniner Straße und deren Sperrung über 58 Tage und ob man nicht bei der Vergabeentscheidung außer auf Fachlichkeit und Kosten, nicht auch auf mögliche Beschleunigung achten könne (insbesondere bei Hauptverkehrsstraßen). Herr Dr. Verwey teilt mit, dass das Thema geläufig sei. Es wurde bereits mit dem Gewerbeverein Genin Kontakt aufgenommen und kommuniziert. Wesentlicher Punkt war das Verkehrskonzept, das extra mit einem Fachbüro erstellt wurde, damit der Verkehr möglichst reibungslos fließen kann. Ob das künftig mit in die Ausschreibungen aufgenommen werden kann, sei schwer zu sagen. Bei der Geniner Straße handele es sich lt. Herrn Dr. Verwey um eine noch überschaubare Baumaßnahme, die soweit abgestimmt sei (auch mit den Anliegern). Herr

Dr. Verwey äußert sich zuversichtlich, dass alles klappen müsste. Frau Tews sei mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsinformation beauftragt.

Frau Wolter fragt nach, ob es bzgl. der Preisgestaltung von Vorteil für die Ausschreibung gewesen sei, dass es diesmal mehrere Anbieter gegeben habe. Herr Dr. Verwey verweist darauf, dass es sich bei diesem TO um ein nicht öffentliches Thema handele.

Herr Heidemann greift das Thema auf für die Maßnahme in der Moislinger Allee ebenfalls auf. Herr Dr. Verwey verweist darauf, dass die EBL da nicht Taktgeber seien, sondern der Bereich Verkehr.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 17.14 **Uhr** den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um **17.15 Uhr** vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende erklärt, dass in der nicht öffentlichen Sitzung **5** Beschlüsse gefasst worden sind und schließt die Sitzung um **17.33 Uhr**.

Lübeck, den 11. Juni 2021

Dr. Burkhard Eymmer
Vorsitzende/r

Kerstin Köneke
Protokollführung